

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail:
energiestrategie@bfe.admin.ch

Bern, 8. Mai 2017

Vernehmlassung: Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050: Änderungen auf Verordnungsstufe

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zu den Verordnungen betreffend der Energiestrategie 2050 Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungs-äusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP war von Anfang an eine treibende Kraft hinter der Energiestrategie 2050. Wir unterstützen das neue Gesetz und die darin vorgegebene Stossrichtung. Das Ziel war von Beginn weg klar: die Energieversorgung der Schweiz ohne Kernenergie sicherstellen und gleichzeitig die Abhängigkeit vom Ausland reduzieren. Die CVP ist davon überzeugt, dass die Energiestrategie 2050 und der damit verbundene Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen eine einmalige Chance für die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft darstellen.

Wir unterstützten im Grundsatz auch die Umsetzung des Gesetzes auf Verordnungsstufe. Es gilt jedoch bei einigen Punkten kleinere Anpassungen vorzunehmen.

Zu den einzelnen Artikeln

Art. 52 Abs. 2 und 3 EnFV

Die Unterscheidung zwischen Erweiterungen und Erneuerungen bei den anrechenbaren Investitionskosten ist nicht nachvollziehbar. Erneuerungen tragen ebenfalls zu einer verbesserten Stromversorgung bei und viele Erneuerungen enthalten auch einen Teil Erweiterungen. Somit sollten die gleichen prozentualen Investitionsbeiträge geleistet werden.

Art. 72 Abs. 3 EnFV

Aus energie- und waldpolitischen Gesichtspunkten macht es keinen Sinn, Holzkraftwerke im Sinne von Art. 24 Abs. 1 Bst. c nEnG nur dann mit Investitionsbeiträgen zu unterstützen, wenn sie eine installierte elektrische Leistung von höchstens 3 MW aufweisen. Die im erläuternden Bericht zu findende Begründung überzeugt nicht. Denn „Holzkraftwerke von regionaler Bedeutung“ werden sich nur realisieren und betreiben lassen, wenn auch Energieholz von ausserhalb der engeren Region des Kraftwerks zugeführt werden kann.

Anhang 1.1 zur EnFV (Wasserkraftanlagen im Einspeisevergütungssystem)

Die vorgeschlagene Reduktion der Vergütungsdauer von 20 auf 15 Jahren ist abzulehnen. Anlagen, welche mit einer Vergütungsdauer von 20 Jahren gerechnet haben, könnten mit einer Reduktion nicht mehr rentabel geführt werden. Dies untergräbt die Planungs- und Rechtssicherheit – auch für künftige Investitionen im Energiebereich. Zumindest für Kraftwerke, welche die zweite Projektfortschrittsmeldung bereits eingereicht haben und / oder in der Planung bereits weit fortgeschritten sind sollte eine Ausnahme der Reduktion möglich sein.

Art. 13 Abs. 1 EnV

Die Einspeisevergütung für Elektrizität aus erneuerbaren Energien von kleinere Anlagen, welche nicht am Einspeisevergütungssystem mitmachen, soll sich laut Verordnung an den Gestehungskosten aus eigener Produktion und den Kosten des Bezugs bei Dritten orientieren. Dies entspricht jedoch nicht „den vermiedenen Kosten des Netzbetreibers für die Beschaffung gleichwertiger Elektrizität“ (Art. 15 Abs. 3 Bst. a EnG) welche im Gesetz verabschiedet wurden. Die Gestehungskosten senken sich für die Betreiber bei einem geringfügigen Rückgang der Produktion nicht. Die Vergütung sollte sich somit nur an den Kosten des Bezugs bei Dritten orientieren.

Stromversorgungsverordnung

Einige Verordnungsänderungen werden durch die anstehende Revision des Elektrizitäts- und Stromversorgungsgesetzes voraussichtlich wieder abgeändert. Vor diesem Hintergrund sollte der Bundesrat abwarten, bevor man die StromVV abschliessend ändert.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz